

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten  
(Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen im SG 51.1)

**1. Namen und Kontaktdaten des (innerorganisatorisch) Verantwortlichen**

Landratsamt Wartburgkreis  
Sozialamtsleiter/in  
Erzberger Allee 14  
36433 Bad Salzungen  
Tel. (0 36 95) 61 70 00  
Fax. (0 36 95) 61 70 99  
E-Mail: sozialamt@wartburgkreis.de

**2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten**

Landratsamt Wartburgkreis  
Die Datenschutzbeauftragte  
Erzberger Allee 14  
36433 Bad Salzungen  
Tel. (0 36 95) 61 51 10  
Fax. (0 36 95) 61 51 99  
E-Mail: datenschutz@wartburgkreis.de

**3. Zwecke der Datenverarbeitung**

Prüfung von Anträgen auf Wirtschaftliche Sozialhilfe im Sinne der unter 4. genannten Rechtsgrundlagen, z.B. Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung, Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfe zur Pflege, Bestattungskosten, Blindengeld, Blindenhilfe, Gehörlosengeld usw.

**4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung**

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit c) DS-GVO, und zwar, dem

- Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII)
- Beruflichen Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG)
- Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetz (Thür-SinnbGG)
- Thüringer Bestattungsgesetz (ThürBestG)

**5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern**

Ihre personenbezogenen Daten werden in Einzelfällen weitergegeben an folgende Empfänger:

- Landratsamt Wartburgkreis – intern (z.B. Finanzverwaltung)
- im Rahmen der Amtshilfe auch an Dritte (Behörden) wie z. B. das Finanzamt, Gerichte
- Jobcenter Wartburgkreis

**6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation**

Ihre personenbezogenen Daten werden **nicht** an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

**7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer**

Mit Beendigung der Hilfestellung werden die Unterlagen soweit keine offenen Forderungen mehr bestehen gem. Akten- und Schriftgutarchivierung des LRA WAK vom 18.04.1997 und der Aufbewahrungsfristen gem. der Anlage zum KGSt-Bericht (Kommunale Gemeinschaftsstelle) Nr. 16/1990 für die Dauer von 10 Jahren archiviert.

Nach Ablauf der Archivierungsfrist werden die Daten des Hilfeempfängers vollständig vernichtet.

**8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung**

**Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.**

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der

Fall, so haben Sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DS-GVO).

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass Sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DS-GVO i.V.m. § 84 Abs. 3 SGB X aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Im Zusammenhang mit der Bearbeitung Ihres Antrages auf o.g. Leistungen besteht **kein** Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art 20 DSGVO, da die Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse liegt (vgl. Art. 20 Abs. 3 DSGVO).

Es besteht auch **kein** Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO, da die Vorschriften des SGB XII in Verbindung mit dem SGB I und dem SGB X die Verarbeitung von personenbezogenen Daten vorsehen (vgl. § 35 SGB I i.V.m. §§ 67 a bis 85 a SGB X).

**9. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde**

Im Rahmen der Verarbeitung der personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der

Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit  
Häßlerstraße 8  
99096 Erfurt  
www.tlfdi.de

**10. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten**

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist in §§ 60 ff Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) geregelt. Die Folgen Ihrer Nichtbereitstellung sind:  
Die Versagung bzw. Entziehung der Leistung gem. § 66 SGB I.

**11. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO**

Trifft nicht zu

**12. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck**

Ihre personenbezogenen Daten werden grundsätzlich nicht für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden. Jedoch erfolgt die Verwendung der erhobenen Daten in anonymisierter Form (d.h. ohne Namen und Anschrift) für Statistikzwecke (§ 121 SGB XII).